

Ein neues AKW braucht Subventionen. Trotzdem würde es sich für die Schweiz lohnen

Der volkswirtschaftliche Nutzen eines Neubaus wäre dank höherer Versorgungssicherheit und tieferen Strompreisen gross, wie eine Studie im Auftrag von Economiesuisse vorrechnet. Experten kritisieren deren Annahmen als realitätsfremd.

Jürg Meier 12.07.2026, 05.30 Uhr ⌚ 4 Leseminuten



Der neue französische Reaktor Flamanville 3 sollte ursprünglich gut drei Milliarden Euro kosten. Am Ende bezifferte der Rechnungshof die Kosten auf 23,7 Milliarden Euro.

Nathan Laine / Bloomberg / Getty

Der Schriftsteller Franz Hohler, die Ex-Spitzensportlerin Simone Niggli-Luder, der Sänger Adrian Stern: Sie und rund vierzig weitere prominente Köpfe haben im Mai einen «Appell der Zivilgesellschaft» unterschrieben.

Mit diesem forderten sie den Nationalrat auf, das AKW-Neubauverbot beizubehalten und die Schweiz «vor einer teuren und gefährlichen Atom-Kehrtwende zu bewahren».

Der Erfolg blieb aus. Der Nationalrat hat die Aufhebung unlängst hauchdünn beschlossen. Eine Allianz sammelt bereits Unterschriften für das Referendum.

Ein Punkt ist in der Debatte um die Kernkraft besonders umstritten: wie teuer neue Meiler wären. Eine im Auftrag des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse entstandene Studie bringt nun einen neuen Aspekt in die Diskussion ein. Ihr Fazit: Ein Schweizer Grossreaktor wäre zwar teuer, würde sich volkswirtschaftlich aber auszahlen – etwa dank tieferen Stromkosten, Steuereinnahmen und einem geringeren Risiko für Versorgungsengpässe.

Für eine ausgewogenere Debatte

«Wir haben seit längerem festgestellt, dass sich die Debatte um die Kernkraft, vor allem um die Baukosten neuer Reaktoren dreht», sagt Lukas Federer, Bereichsleiter Energie beim Wirtschaftsdachverband. Mit der neuen Analyse zum volkswirtschaftlichen Nutzen wolle man ein Gegenstück liefern. Federer hofft, dass die Diskussion dank der Studie ausgewogener geführt werden kann.

Um den Nutzen zu beziffern, entwirft die Studie ein Szenario, in dem das Neubauverbot in der Abstimmung 2027 fällt. Danach baut die Schweiz einen französischen EPR-Reaktor mit einer Leistung von rund 1,63 Gigawatt. Zum Vergleich: Das grösste Schweizer AKW Leibstadt kommt auf 1,28 Gigawatt.

Die Anlage ginge 2050 nach einer Planungs- und Bauzeit von 23 Jahren in Betrieb. Die Studie schätzt die reinen Baukosten auf rund 14,4 Milliarden Franken. Die Anlage würde während 85 Prozent des Jahres Strom liefern. Bis auf Revisionsarbeiten im Sommerhalbjahr liefere sie ab 2050 also praktisch dauernd.

Eine Erkenntnis der Studie: Die Anlage benötigt Subventionen. Diese belaufen sich im Schnitt auf 625 Millionen Franken pro Jahr. Laut Lukas Federer zeigt das die Realität des heutigen Strommarktes. «Der Förderbedarf bewegt sich bei anderen Stromerzeugungstechnologien im gleichen Bereich», sagt er.

Positive Effekte für die Wirtschaft

Doch die Subventionsmillionen sind laut der BAK-Studie nicht einfach verloren. So gibt es direkte und indirekte Wirtschaftseffekte: Jeder Förderfranken generiert eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von 1.50 Franken in der Schweiz, wie die Ökonomen berechnet haben.

Das beginnt beim Bau, bei dem gut die Hälfte der Investitionen als Wertschöpfung im Inland verbleibt. Ab Betriebsbeginn 2050 sinken zudem die Stromgrosshandelspreise um rund 10 Prozent, wovon Haushalte und stromintensive Unternehmen profitieren. Hinzu kommen erhebliche Steuereinnahmen während Bau und Betrieb.

Ein weiterer volkswirtschaftlicher Nutzen fällt noch höher aus: Er beträgt zusätzliche 2.70 Franken pro Förderfranken. So dämpft das verlässlich produzierende AKW Preisschwankungen, was insbesondere Unternehmen beim Stromeinkauf vor teuren Preissprüngen schützt. Gleichzeitig senkt die neue Anlage das Risiko, dass es der Schweiz

plötzlich an Strom mangelt. Heikel wird es für die Versorgung nämlich vor allem im Winter. In dieser Zeit läuft das neue Kernkraftwerk gemäss der Studie aber auf vollen Touren und liefert rund 15 Prozent des erwarteten Schweizer Winterbedarfs.

Der grösste Teil des Nutzens von 2.70 Franken entsteht jedoch dadurch, dass das Kernkraftwerk als eine Art von Versicherung dient. Die Prämisse der Studie: Es ist unsicher, wie rasch die Energiewende in Europa voranschreitet. Kommt sie ins Stocken oder wird der Strom im umliegenden Ausland knapp, weil dort der Bedarf massiv steigt, fehlt der Schweiz im Winter CO₂-freier Importstrom.

Ein neues AKW würde diese Lücke füllen. So stünde genügend Strom zur Verfügung, um die Dekarbonisierung der Schweiz, wie vom Volk beschlossen, voranzutreiben – etwa durch Wärmepumpen und Elektroautos.

Der Economiesuisse-Experte Lukas Federer sagt, bei der Energieversorgung sei es fünf vor zwölf. «Es braucht jetzt alles – den Ausbau der Erneuerbaren, das Stromabkommen, aber auch die Option für neue Kernkraftwerke.»

Kritik aus der Wissenschaft

Für Rolf Wüstenhagen, Professor für das Management erneuerbarer Energien an der Universität St. Gallen, sind die Annahmen der BAK-Studie unrealistisch. Schon die prognostizierten Baukosten von 14,4 Milliarden Franken hält er für realitätsfremd. Er verweist auf den französischen Rechnungshof. Dessen Finanzexperten hatten die Kosten für das französische EPR-Projekt Flamanville, das der neuen BAK-Studie

als Referenz dient, durchgerechnet. Inklusive Inflation und Kapitalkosten kamen sie auf einen Baupreis von 23,7 Milliarden Euro.

Wüstenhagen bezweifelt, dass die Schweiz ihren Reaktor billiger bekommen würde. Der Grund: Der Markt für Kernkraftwerke ist hoch konzentriert, und es gibt nur wenige Anbieter. Die Schweiz hätte als kleiner Kunde kaum Verhandlungsmacht. Wüstenhagen vergleicht den Bau eines neuen AKW mit der kürzlichen Beschaffung des Kampffjets F-35: Die Hoffnung auf einen garantierten Fixpreis habe sich dort ebenfalls als «illusorisch» erwiesen.

Ein zentraler Kritikpunkt von Wüstenhagen ist die in der Studie angenommene hohe Auslastung von 85 Prozent. Das europäische Stromsystem wird künftig stark von erneuerbaren Energien geprägt sein. Gerade im Sommerhalbjahr dürfte es darum mehr als genug günstigen Strom geben. Die Folge wäre laut Wüstenhagen eine massive Überproduktion, «die volkswirtschaftlichen Wert vernichtet».

Laut Wüstenhagen sind die in der Studie prognostizierten Stromproduktionskosten der neuen Anlage extrem hoch. Dass die Anlage dann dennoch die Strompreise für alle senken und einen Zusatznutzen in Milliardenhöhe generieren soll, bezweifelt er. Solche Berechnungen klingen nach «kreativer Buchhaltung» und «Magie».

Die Schweiz benötigt laut Wüstenhagen kein neues AKW, sondern den Ausbau dezentraler Energielösungen. Technologien wie Solaranlagen, Windräder, Batterien oder andere flexible Speicher seien im Gegensatz zu einem neuen Atomkraftwerk sofort verfügbar. Sie würden die Strompreise senken und die Auslandsabhängigkeit viel effizienter reduzieren.

Die Debatte ist entflammt

Für Wüstenhagen ist damit klar: Ein neues AKW wäre volkswirtschaftlich genau jene «teure und gefährliche Atom-Kehrtwende», vor der Franz Hohler und weitere Mitstreiter in ihrem Appell warnen. Economiesuisse sieht das völlig anders: Die neue Studie belege den Nutzen eines neuen AKW und liefere einen weiteren Grund dafür, das Neubauverbot aufzuheben, sagt Lukas Federer.

Sicher ist derzeit nur eines: Die Debatte um die Kernenergie ist in der Schweiz wieder voll entflammt.